

Zukunftsfähigkeit sichern: Beginnen wir mit einer modernen deutschen Europapolitik!

EBD-Forderungen für einen deutschen Europaplan zur Bundestagswahl 2021

Die EU-Ratspräsidentschaft hat gezeigt, dass Deutschland in und für Europa stark ist, wenn es strategisch abgestimmt und pro-aktiv handelt. Die nächste Bundesregierung sollte daher auf eine zukunftsgerichtete Europafähigkeit setzen, die sich durch Mut für europäische Impulse, klare Verantwortungsstrukturen in Form eines Europaministeramtes und parlamentarische wie auch gesellschaftliche Mitwirkung auszeichnet.

Erstellt Generalsekretär, März 2021, aktualisiert Juli 2021

Deutsche Europapolitik ist..



... schwer fassbar, weil ihre zentralen Personen und Strukturen nicht sichtbar werden und somit Verantwortlichkeiten für die Bürgerinnen und Bürgern undurchsichtig bleiben. Die Impfdebatte im Januar 2021 hat erneut gezeigt, dass die Schuld schnell auf „Europa“ oder „Brüssel“ geschoben wird während die Führung und Verantwortung der deutschen Europapolitik unsichtbar bleibt.



... den Strukturen der heutigen EU nicht angepasst. Die jahrzehntealte Trennung der Koordinierung zwischen Binnenmarkt (Bundeswirtschaftsministerium) und Außenpolitik (Auswärtiges Amt) passt nicht mehr zu einer EU, die spätestens seit dem Lissabonner Vertrag durch Vorhaben wie den Europäischen Grünen Deal themenübergreifend arbeitet.



... anfällig für Partei- und Ressortkonflikt, was Handlungs- und Sprechfähigkeit der Bundesregierung auf EU-Ebene herauszögert. Die Abstimmung unter Ministerien ist oft ungenügend/erratisch (O-Ton eines Kanzlerbeamten). Bundesministerien, wie bspw. das BMEL und das BMU im Streit zur Glyphosatzulassung oder zur Agrarwende, fallen oft medienwirksam durch ungenügende Abstimmung im Rat auf.



... kaum strategisch und zögerlich gegenüber weiteren Integrationsschritten.

Entgegen dem Auftrag des Grundgesetzes („Verwirklichung eines vereinten Europas“, Art. 23 GG) werden weitere Integrationschritte in Europa von der Bundesregierung blockiert. Trotz Überschrift des des Koalitionsvertrages „Ein neuer Aufbruch für Europa“ zeichnete sich die aktuelle Bundesregierung bis zur EU-Ratspräsidentschaft nicht mit Gestaltungswillen zu europäischen Kernherausforderungen, wie die Beendigung des Aushöhlens von Schengen oder die demokratische Weiterentwicklung der EU, aus.



...nicht ausreichend parlamentarisch legitimiert.

Denn die Entscheidungsfindung wird dem politischen, öffentlichen Streit über Bundestag und Bundesrat entzogen.



... zu verschlossen für diplomatische Kanäle zu

EU-Partnerinnen und -Partnern. Deutsche Botschaften in den EU-Hauptstädten sind laut Gesprächen mit der EBD und Fachkreisen in die Europapolitik kaum eingebunden, um Meinungsstand zu deutschen Positionen zu eruieren.



... kaum gesellschaftlich eingebunden. Entgegen der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (§47), die eine Beteiligung der Verbände zu Vorhaben der Ministerien vorsieht, findet eine strukturierte Einbindung gesellschaftlicher Kräfte zu strategischen Themen der deutschen Europapolitik nicht statt.

EBD-Vorschlag

Für eine moderne deutsche Europapolitik

Deutsche Europapolitik muss **einbinden und verbinden**, verlässlich handeln und parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden. Sie muss konsequent Europapolitik als Innenpolitik begreifen, unter Einschluss aller diplomatischer Kanäle, und eine **klare Zielrichtung** haben, die sich nicht allein aufs Reagieren beschränkt.

Deutsche Europapolitik sollte sich auszeichnen durch...



Proaktives und proeuropäisches Handeln

- Deutsche Europapolitik muss nach vorne weisen und gezielt Impulse zu weiteren Integrationsschritten und Kernherausforderungen der EU-Politik, wie eine Reform des europäischen Wahlrechts, eine europäische Gesundheitspolitik und eine Stärkung des Schengen-Raumes, setzen.



Parlamentarische und gesellschaftliche Verankerung

- Die Bundesministerinnen und -minister müssen deutsche Positionen für die EU-Ratsverhandlungen im Bundestag und im Bundesrat vorlegen und zumindest diskutieren.
- Verbände müssen gemäß §47 GGO in die Willensbildung der Europakoordination über einen strukturierten Dialog eingebunden sein.
- European Public Diplomacy wagen: Einbahnstraßendenken der deutschen Diplomatie wird für Netzwerk-Politik aufgegeben, in der Verbände mit ihren Partnern aus den EU-Mitgliedstaaten eng involviert werden.



Klare Verantwortungen, Kohärenz und Sichtbarkeit

- Deutsche Europapolitik muss sichtbar in der Öffentlichkeit durch eine Bundesministerin oder einen Bundesminister für besondere Aufgaben (Europa) vertreten sein.
- Das Amt sollte über eine zentrale Governance-Einheit die Fachexpertise aus den Bundesministerien bündeln und strategische Impulse für EU-Reformen und europäische Politikgestaltung setzen.
- Durch den Ministerrang kann die Person auf Augenhöhe sowohl im Kabinett als auch mit EU-Kommissionsmitgliedern agieren und somit Kohärenz sicherstellen.



Grafische Darstellung zur Reform der deutschen Europa koordinierung

